

SCHULE NEU DENKEN.

Schulpolitische Leitlinien der Jungen Union Baden-Württemberg.

*Leitantrag zum 38. ordentlichen Landestag
der Jungen Union Baden-Württemberg*

beschlossen am 26. und 27. April 2008 in Remchingen

Inhaltsverzeichnis

Seite

| | | |
|------|---|----|
| I. | Präambel | 3 |
| II. | Schulpolitische Grundlagen | 3 |
| III. | Schulorganisation und Lehrer | 5 |
| | 1. Kommunen - Starker Partner der Schulen vor Ort | 6 |
| | 2. Lehrer - Bildungsmanager der Zukunft | 7 |
| IV. | Kindergarten und Grundschule | 8 |
| | 1. Frühkindliche Bildung und Kindergarten - Die ersten Schritte | 8 |
| | 2. Kinder- und Grundschule - Fünf Jahre gemeinsames Lernen | 9 |
| V. | Weiterführende Schulen | 10 |
| | 1. Hauptschule - Ausbildungsfähigkeit stärken | 10 |
| | 2. Realschule - Erfolgsgarant mit Perspektive | 11 |
| | 3. Gymnasium - Fit fürs Studium | 12 |
| | 4. Berufliche Schule - Praktische Erfahrung zählt | 13 |

Redaktion

Peter Bausenhardt
Nina Bender
Steffen Bilger
Birgit Flaig
Ralf Stefan Hübner
Martina Hurst
Benjamin Koch
Michaela Lehner-Zimmerer
Viola Mahrenbach
Sven Menzel
Fabian Sauter-Servaes
Dominik Schuler
Christian Schwalbe
Bernd Schwartz
Thomas Wagenblast
Uwe Wiedmann

I. PRÄAMBEL

In die Köpfe investieren. Baden-Württembergs Erfolg gründet auf dem Einfallsreichtum und Fleiß seiner Menschen. Ohne nennenswerte Rohstoffe bildeten schon immer die Ergebnisse einheimischer Wissenschaftler und Tüftler die Basis des Fortschritts in unserer Heimat. Das Land war sich dieser Verantwortung stets bewusst und erfolgreiche CDU-Kultusminister wie Roman Herzog, Wilhelm Hahn, Gerhard Mayer-Vorfelder, Annette Schavan und Helmut Rau waren und sind Vorkämpfer für das vorbildliche baden-württembergische Schulsystem. Sie haben die Schüler in Baden-Württemberg stets vor unausgegorenen Experimenten wie der Gesamtschule bewahrt, ohne dabei ihre Offenheit für Reformen zu verlieren. Auch in der aktuellen Debatte um Schulstruktur und Standorte darf es nicht um Ideologie und kleinkarierte Kirchturmpolitik gehen. Vielmehr gilt es die Individualität eines jeden Kindes und Jugendlichen so gut wie möglich zu fördern. In diesem Sinne denken wir Schule immer wieder neu.

Gestaltungsspielräume nutzen. Kaum ein Themenfeld bietet den Ländern soviel Raum für individuelle Lösungen wie die Bildungspolitik. Hier funktioniert der föderale Wettbewerb um die besten Konzepte und Baden-Württembergs Schulen und Hochschulen gehören zu dem Besten in Deutschland. Diese Erfolge will die Junge Union bewahren und ausbauen. In Deutschland waren es schließlich immer die Länder und nie zentrale Institutionen, die sich um die Bildung der Menschen verdient gemacht, Schulen sowie Hochschulen gegründet haben. Damit künftig die komplette Bildungspolitik - sozusagen vom Kindergarten bis zur Hochschule - vor bundespolitischem Störfeuer und zentralistischer Gleichmacherei aus Berlin geschützt werden kann, gilt es die wenigen beim Bund noch angesiedelten Zuständigkeiten im Kultusbereich auf die Länder zu übertragen. Baden-Württemberg sollte diese - alten wie neuen - Gestaltungsspielräume konsequent nutzen. Die Kultusministerkonferenz sollte sich dabei auf die Koordination weniger zentraler Aufgaben konzentrieren. So bietet sich künftig vor allem noch bei der Vergleichbarkeit und gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen eine enge Zusammenarbeit mit den anderen Ländern an.

Veränderte Herausforderungen. Die Erwartungen von Eltern und Kindern an ein erfolgreiches Bildungssystem haben sich in den letzten Jahren verändert. Die Orientierung auf späteren beruflichen Erfolg in einer flexiblen und zunehmend internationalisierten Arbeitswelt ist zur prägenden Herausforderung für die Schullandschaft geworden. Gleichzeitig haben sich auch die sozialen Grundlagen von Bildung und Erziehung in der Gesellschaft fundamental verändert. Ein Teil der Familien ist nicht mehr in der Lage, ihren Kindern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schullaufbahn und ein gelingendes Leben mitzugeben. Hier ist das Bildungssystem zunehmend gefordert. Noch ist die Reaktion der Politik auf diese neuen Anforderungen zu verhalten. Nicht nur die insgesamt unbefriedigenden Ergebnisse verschiedener Vergleichsstudien, sondern vor allem die intensiven Anstrengungen anderer Staaten im Bildungssektor belegen den Nachholbedarf am Schulstandort Deutschland. Noch zu wenig hat sich die Erkenntnis in den Köpfen von Politik, Eltern und Lehrern durchgesetzt, dass eine exzellente und wettbewerbsfähige Bildungslandschaft nicht nur ausreichender finanzieller Mittel bedarf, sondern auch die ideellen Rahmenbedingungen stimmen müssen. Exzellenz und Leistung werden sich dabei künftig nur noch in einem Umfeld erreichen lassen, in dem jeder einzelne Schüler gefördert und entsprechend seiner Leistungsfähigkeit spürbar mehr als heute gefordert wird.

II. SCHULPOLITISCHE GRUNDLAGEN

Chancengerechtigkeit und Integration als Schlüssel zum Erfolg. Die Junge Union tritt für ein an den individuellen Begabungen des Einzelnen orientiertes Bildungssystem ein, das die Chancengerechtigkeit an den Schulen zur höchsten Priorität macht. Die gerechte Verteilung der Chancen wird dabei nicht nur über das an den Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen ausgerichtete mehrgliedrige

Schulsystem gewährleistet, sondern setzt auch die gelungene Integration unterschiedlicher Persönlichkeiten in den Bildungsalltag voraus. Das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache ist dabei der elementare Schlüssel zur Integration von Migranten und erste Voraussetzung für den Zugang zum Schul- und Bildungssystem überhaupt. Um Probleme frühzeitig zu erkennen, plädiert die Junge Union für verbindliche Sprachstandstests und gezielte und flächendeckende Sprachförderung bereits in den Jahren vor der Einschulung. Wichtig dabei ist, auch die entsprechende Einbindung der Eltern in den Lernprozess. Dadurch wird das Erlernen der deutschen Sprache auch außerhalb des Schulbetriebs gewährleistet und kann sogar in das Familienleben integriert werden. Sollte die Sprachkompetenz trotz aller Anstrengungen dennoch nicht ausreichen, muss die Einschulung aufgeschoben werden. Zu einer erfolgreichen Integration gehört für die Junge Union jedoch nicht nur die Kenntnis der deutschen Sprache, sondern auch die Anerkennung der kulturellen und sozialen Grundlagen sowie der Gepflogenheiten und Werte Deutschlands. Diese unverzichtbaren Integrationsvoraussetzungen müssen auch bereits Eingang in die vorschulische Bildung finden.

Schule schafft Miteinander. Integration und Chancengerechtigkeit betrifft nach Auffassung der Jungen Union aber auch die Frage nach dem Umgang mit Schülern unterschiedlicher sozialer Herkunft, spezieller Begabungen oder Probleme. Kinder und Jugendliche, die aus einem sozial schwierigen Umfeld stammen, dürfen im schulischen Alltag nicht auf Grund ihrer Herkunft benachteiligt werden. Dabei garantiert das mehrgliedrige Schulsystem, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Können und ohne Rücksicht auf den sozialen Status ihrer Eltern die für sie passende Schulart besuchen können. Manche Schüler benötigen darüber hinaus spezielle Förderung. Solche speziellen Unterstützungsmaßnahmen haben dabei grundsätzlich innerhalb des allgemeinbildenden Schulsystems zu erfolgen. Die Junge Union bekennt sich darüber hinaus zum Erfordernis einer ausgeprägten Hochbegabtenförderung sowie zur Notwendigkeit der Unterstützung Lernschwacher. Um den Absolventen von Sonderschulen mehr Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen, ist insbesondere der Ausbau weiterer Außenklassen sowie des Angebots von Berufspraktika unerlässlich. Hinsichtlich des Miteinanders von Jungen und Mädchen gilt es, bestehende Programme für mehr Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern wie beispielsweise die „Boys- und Girls-Days“ neu auszubalancieren, Bildungsinhalte wieder vermehrt auch an den Interessen von Jungen auszurichten und zudem verstärkt männliche Erzieher und Lehrkräfte als Vorbilder und Ansprechpartner im Vor- und Grundschulbereich zu werben. In diesem Zusammenhang kann das Nebeneinander öffentlicher und privater Bildungseinrichtungen aus Sicht der Jungen Union zwar eine Ergänzung der öffentlichen Bildungslandschaft darstellen, darf aber gleichzeitig nicht zur Schaffung sozial abgeschlossener Gemeinschaften führen.

Fürs Leben lernen. Angesichts der dynamischen Entwicklung müssen die Schulen heute weniger reines Faktenwissen, sondern vielmehr Fertigkeiten und Kenntnisse für eine eigenverantwortliche Teilnahme an unserer Gesellschaft vermitteln. Denn nur wer politische, wirtschaftliche, naturwissenschaftliche und rechtliche Zusammenhänge kennt, kann sie richtig einschätzen und auf sie reagieren. Einen Schwerpunkt der neuen Bildungspläne bildet deshalb zu Recht die Vermittlung von Kernkompetenzen, wie der Sprach-, Rechen- und Problemlösungskompetenz sowie das Beherrschen von Fremdsprachen. Die Einführung von Bildungsplänen muss dabei auch durch die Anwendung moderner Unterrichtsmethoden flankiert werden.

Werte vermitteln. In der Schule darf dabei aber nicht nur Wissensvermittlung stattfinden. Vielmehr erfordern die geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, dass nicht nur in den Familien, sondern auch in den Schulen Wertevermittlung und Erziehung stattfindet. In Kooperation mit den Familien gilt es, Sozialkompetenz zu erlernen, Problemlösungsstrategien zu entwickeln und Leistungsbereitschaft zu fördern und zu fordern. Über die Fortschritte bei diesen weichen Bildungskompetenzen sollten Kopfnoten in den Zeugnissen Auskunft geben. Darüber hinaus sind grundlegende Normen des Zusammenlebens, wie Höflichkeitsformen, Disziplin und Besonderheiten ausländischer Kulturen den Schülern näher zu bringen. In diesem Sinne kann das Modell „Kavaliersunterricht“ in der

Grundschule und das Modell „Sozial AG“ an weiterführenden Schulen als Beispiel gelten und so fest in den Bildungsplan integriert werden. Für die Junge Union gehören auch das Leben unserer christlich-abendländischen Tradition sowie ein patriotisches Bekenntnis zu unserem Heimatland zu den grundlegenden Erziehungswerten. Die Junge Union plädiert deshalb für die Beibehaltung des konfessionsgebundenen christlichen Religionsunterrichts. Gleichzeitig muss auch das Angebot eines wertebasierenden Ethikunterrichts sichergestellt sein. Das Verbot politischer Kampfsymbole versteht sich im Erziehungs- und Bildungsbereich für die Junge Union von selbst.

Schule ist mehr als Lernen. Nicht zuletzt Betreuungsgesichtspunkte sprechen dafür, Schülern bis in die Nachmittagsstunden Angebote in der Schule zu machen. Die Junge Union spricht sich deshalb für eine am regionalen Bedarf orientierte, aber dennoch landesweite Einführung von Schulen mit Ganztagesangeboten in allen Schulformen aus. Die Schüler sollten in dieser Zeit neben dem Besuch des regulären Unterrichts auch Zeit für weitere Module wie Hausaufgabenbetreuung, Arbeitsgemeinschaften und ehrenamtliches Engagement finden können und gleichzeitig die Möglichkeit haben, in der Schule auch essen zu können. Besonders wichtig ist bei solchen unterrichtsbegleitenden Angeboten Schnittstellen zu den örtlichen Vereinen, Institutionen und Kirchen herzustellen, diese Gruppen einzubeziehen und auch Zeit für Aktivitäten wie beispielsweise die Konfirmandenarbeit zu lassen. Ferner ist an den Schulen Wert auf die Stärkung praxisbezogener und internationaler Elemente zu legen. So sollten Praktika in den Ferien selbstverständlich zu jeder Schulkarriere gehören und Auslandsaufenthalte oder Schüleraustauschprogramme durch die Schulen gefördert werden.

III. SCHULORGANISATION UND LEHRER

Evaluation schafft Transparenz. Nichts ist Baden-Württemberg und seinen Kommunen so teuer wie die Bildung seiner Landeskinder. Damit diese öffentlichen Gelder auch in Zukunft gut angelegt sind, fordert die Junge Union eine umfassende Bestandsaufnahme des Bildungssystems unter Effizienz- und Effektivitätskriterien sowie pädagogischen Gesichtspunkten. Es muss klar sein, wo unser Schulwesen seine Stärken hat, wo es gilt Schwächen zu beseitigen oder wo Mittel nicht effektiv und effizient genug eingesetzt werden. Zu einer ehrlichen Evaluation gehört dabei auch, externen Sachverstand in die Kultusbürokratie einzuspeisen. Gerade in der Schulverwaltung sind eine Vielzahl von Lehrern beschäftigt, die Änderungsprozesse nicht mit der notwendigen Offenheit und Energie fördern. Transparenz braucht aber nicht nur das Bildungssystem insgesamt, sondern auch jede Schule vor Ort. Es muss klar sein, welche Schule erfolgreich arbeitet, welche nicht und woran dies liegt. Gerade Schüler und Eltern brauchen darüber hinaus vergleichbare Informationen zum pädagogischen Profil und möglichen Zusatzangeboten der Schulen in ihrer Umgebung. Das Wissen um die unterschiedlichen Stärken der jeweiligen Schulen kann auf diesem Wege einen gesunden Wettbewerb um die besten Konzepte anstoßen. Gute pädagogische Arbeit muss sich dann aber auch für die Schulen in finanzieller Hinsicht lohnen: Die Junge Union fordert deshalb, einen Teil der finanziellen Mittel für Schulen entlang der Leistungen der Schule bei Vergleichsuntersuchungen zu vergeben. Während die Leistungen der Schüler inzwischen systematisch empirisch untersucht werden, regiert in der Ausbildung, Berufsausübung und Weiterbildung der Lehrer weiterhin die Steuerung über Vorgaben. Die tatsächlichen Leistungen werden dagegen viel zu wenig überprüft. Die Junge Union fordert daher erstens, dass die bei den Vergleichsarbeiten festgestellten Leistungen der Lehrer in Zukunft nicht nur den Schulleitern, sondern auch den Schulbehörden in der nicht-anonymisierten Form zugänglich sind. Die Junge Union fordert zweitens eine regelmäßig durchzuführende Untersuchung der Lehrerleistungen, die Aufschluss über die Erfolge von Ausbildung und Fortbildung der Lehrer und über die Qualität des Unterrichts gibt. Die Ergebnisse sollen den Schulleitern und Schulbehörden zur Verfügung stehen sowie in anonymisierter Form auch veröffentlicht werden können.

1. KOMMUNEN - STARKER PARTNER DER SCHULEN VOR ORT

Schulträger in der Pflicht. Das Land und seine Kommunen teilen sich in Baden-Württemberg die Aufgaben im Schulbereich. Während die Landesregierung vor allem für die Lehrinhalte und die personelle Ausstattung verantwortlich zeichnet, obliegt den Kommunen die Trägerschaft der Schulinfrastruktur. Die Junge Union spricht sich im Prinzip für die Beibehaltung dieser bewährten gemeinsamen Verantwortung im Schulbereich aus. Zukünftig soll das Land jedoch die Verantwortung für Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und anderes pädagogisches Personal übernehmen. Den Kommunen kommt demgegenüber gerade hinsichtlich des erfolgreichen Schulmanagements eine zentrale Bedeutung zu: Auf der kommunalen Ebene kann eben am besten entschieden werden, wo und in welcher Form eine Schule eingerichtet wird. Zudem kommt den Kommunen vor allem im Bereich der Bewirtschaftung der Schulgebäude eine Schlüsselaufgabe zu. Die Junge Union fordert in diesem Zusammenhang die Städte und Gemeinden auf, alles dafür zu tun, dass das Nachhaltigkeitsprinzip auch im Bereich der Schulinfrastruktur eingelöst wird: Gerade im Bereich der Energieeinsparung müssen auch die Schulen die Standards einhalten, die von privaten Hausbesitzern erfüllt werden müssen. Dies gilt nicht nur für den Neubau sondern auch für die Unterhaltung, die Erweiterung und die Instandsetzung der Schulgebäude, wobei solche Modernisierungsprojekte der besonderen Unterstützung durch die einschlägigen Landesprogramme bedürfen. In diesem Zusammenhang sollten die Schulträger bei energetischen Sanierungen so genannte „Contracting-Modelle“ prüfen, bei denen Sanierungs- oder Energieeinsparinvestitionen durch Dritte durchgeführt und später durch die reduzierten Energiekosten refinanziert werden.

Bildung in der Breite sichern. Baden-Württemberg ist das Land mit der räumlich ausgeglichensten Struktur. Die strukturellen Unterschiede der Regionen sind bei uns geringer als in anderen Ländern. Dies hat auch damit zu tun, dass auch in den ländlichen Räumen alle Schularten zur Verfügung stehen und in jeder Region eine Hochschulinfrastruktur zur Verfügung steht, die der Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte beschert. Die Junge Union steht deshalb zu einer breit aufgestellten Schulstruktur gerade auch im ländlichen Raum. Während die zurückliegenden Jahrzehnte noch durch steigende Schülerzahlen und damit den intensiven Schulhausbau geprägt waren, sind heute die Auswirkungen des demographischen Wandels unserer Gesellschaft auf den Schulbereich nicht mehr wegzudiskutieren. Der Schülerrückgang wird sich auch auf die Schulstandorte auswirken. Um lebensfähige Schulstandorte dauerhaft sichern zu können, gilt es, eine Mindestgröße für Schulen einzuführen. Dabei muss die Einzigigkeit einer Schule im Regelfall gewährleistet werden. Ist diese nicht möglich, muss die entsprechende Schule über Kooperationen mit Schulen in anderen Kommunen nachdenken. Die Schließung einer Schule darf hingegen nur der letzte Schritt sein, schließlich ist die Schule am Ort auch ein wichtiges kulturelles und soziales Element. Möchte eine Kommune letztendlich Schulstandorte erhalten, die aufgrund ihrer mangelnden Auslastung geschlossen werden müssten, so könnte das Lehrpersonal künftig von der Kommune mitfinanziert werden.

Entscheidungen vor Ort treffen. Sollten im Zuge der sich verändernden Schullandschaft Finanzmittel frei werden, so müssen diese den damit gesicherten Schulstandorten in der Region zu Gute kommen und beispielsweise in die Schülerbeförderung, in Programme zur Modernisierung bestehender Schulstandorte sowie in den Ausbau der Schulsozialarbeit fließen. Darüber hinaus gilt es nach Auffassung der Jungen Union den finanziellen Gestaltungsspielraum der einzelnen Schulen in Zukunft spürbar zu erweitern. Die Entscheidung über den Mitteleinsatz an den Schulen müssen diese künftig innerhalb des ihnen zur Verfügung gestellten Gesamtbudgets weitgehend eigenverantwortlich treffen können.

2. LEHRER - BILDUNGSMANAGER DER ZUKUNFT

Auf die Lehrer kommt es an. Lehrern kommt in unserem Schulsystem eine Schlüsselrolle zu. Was auch immer an bildungspolitischen Maßnahmen und Strukturen entwickelt wird: Die Lehrer müssen sie umsetzen und das Wissen an die Kinder weitergeben. Gleichzeitig müssen sie auch ihr Wissen und ihre Fachkenntnisse stets aktualisieren um mit der immer schnelleren Veränderung des Wissens im 21. Jahrhundert Schritt zu halten. Auch wird es - vor allem im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich - immer schwieriger, gut qualifizierte Bewerber für den Lehrerberuf zu begeistern - zu groß ist die Konkurrenz besser bezahlter Job-Angebote aus der Privatwirtschaft, die daneben auch ein oftmals weniger belastendes Arbeitsumfeld bieten. Um die Leistungsanforderungen und Rahmenbedingungen des Lehrerberufs noch besser beurteilen zu können, plädiert die Junge Union für eine landesweite Evaluation nach dem „360-Grad-Prinzip“, an der sich nicht nur die Schulaufsicht, sondern auch Kollegen, Eltern und Schüler beteiligen können sollen.

Lehrerausbildung reformieren. Nach Auffassung der Jungen Union kommt vor allem der Lehrerausbildung eine zentrale Rolle zu. Die künftigen Lehrer müssen sehr viel stärker als heute während des Studiums Inhalte vermittelt bekommen, die entscheidend für ihre Berufsausübung sind. Dazu gehört das jeweilige Fachwissen genauso wie ein umfangreiches pädagogisches Wissen. Die Junge Union fordert deshalb eine grundlegende Reform der Lehrerausbildung für alle Schularten, die den heutigen Anforderungen im Hinblick auf Pädagogik, Didaktik und der Vermittlung von Methodenkompetenz gerecht wird. Die Umwandlung des Staatsexamens in Bachelor- und Masterabschlüsse muss für eine solche grundlegende Reform genutzt werden. Sie darf keine bloße Umetikettierung sein. Solange eine solche umfassende Reform der Lehrerausbildung nicht im Ganzen umgesetzt werden kann, tritt die Junge Union für den Erhalt des Staatsexamens ein. Gleichzeitig muss es das Lehramtsstudium ermöglichen, potenzielle „Risiko-Lehrer“ frühzeitig zu identifizieren und zur Wahrnehmung eines anderen Berufes zu bewegen. Gerade im Lehrerberuf kommt es auf eigenaktives und engagiertes Handeln sowie eine hohe Sozialkompetenz an. Wer schon während des Studiums geringe Ambitionen, unstrukturiertes Arbeiten und die Hoffnung auf ein vermeintlich bequemes Beamtendasein erkennen lässt, ist der falsche Aspirant auf ein Lehramt. Um die den Lehramtsstudenten schon frühzeitig Einblicke in die Praxis bieten zu können, verlangt die Junge Union die Einführung eines mindestens ein Semester umfassenden Pflichtpraktikums. Darüber hinaus ist es dringend nötig, Lehramtsstudiengänge auch für Männer wieder attraktiver zu machen.

Erfahrungen nutzen. Neben gut ausgebildeten Lehrern lebt ein ausgewogenes Bildungsangebot auch von der praktischen Berufs- und Lebenserfahrung mancher Quer- und Seiteneinsteiger. Mit deren Hilfe könnte der Lehrermangel in manchem Bereich behoben werden und andererseits könnten die Schulen auf ein breiteres Spektrum an Qualifikationen und Fachkenntnisse zurückgreifen. Eine pädagogische Zusatzausbildung ist aus Sicht der Jungen Union allerdings auch für Quereinsteiger angebracht. Entlastung für das Lehrpersonal könnten darüber hinaus ehrenamtliche Jugendbegleiter bzw. pädagogische Assistenten bringen. Insbesondere an Schulen mit Ganztagesangeboten können sie zur spezifischen Profilbildung der jeweiligen Schule beitragen bzw. sich um positiv wie negativ auffällige Schüler besonders kümmern und somit eine differenzierte Förderung der Jugendlichen ermöglichen.

Arbeitsbedingungen modernisieren. Der Arbeitsalltag von Lehrern hat sich in den zurückliegenden Jahren bereits verändert und wird sich angesichts der Anforderungen eines modernen Ganztages Schulbetriebs auch künftig wandeln müssen. Die Junge Union tritt daher für eine Kernarbeitszeit bis in den Nachmittag ein, die es den Lehrern ermöglichen soll, über den gesamten Schultag präsent zu sein, den Unterricht vor- und nachzubereiten und für die Schüler als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Dafür ist es aber unerlässlich die räumlichen Gegebenheiten insoweit zu verbessern, als dass jedem Lehrer ein angemessen ausgestatteter Arbeitsplatz geboten werden muss. Daneben muss

darüber nachgedacht werden, Lehrern - wie anderen Beamten und Angestellten auch - eine bestimmte Anzahl von Urlaubstagen zu gewähren, die sie während der Ferien nehmen können.

Fördern und fordern auch für Lehrer. Will das Bildungssystem auch künftig qualifizierte Berufseinsteiger anziehen und gleichzeitig bewährten Lehrern Perspektiven eröffnen, muss es solchen Fachkräften Anreize für eine dauerhafte Tätigkeit geben. In Betracht kommen dabei Boni und Zulagen bei schwierigen Arbeitsbedingungen oder der Tätigkeit in Mangelbereichen. Denkbar sind nach Auffassung der Jungen Union auch immaterielle Anreize, wie beispielsweise die Gewährung zusätzlichen Bildungsurlaubs und die Möglichkeit des vereinfachten Dienststellenwechsels. Gerade die Umsetzung der Föderalismusreform I im Bereich des Beamtenrechts bietet dem Land inzwischen die hierzu notwendigen Instrumente. Dienstrechtlich zu verankern ist auch die obligatorische Notwendigkeit regelmäßiger Fortbildungsmaßnahmen. Lehrkräfte müssen ermutigt und unterstützt werden, ihre Kenntnisse ständig zu überprüfen und ihre Berufspraxis zu verbessern. Einhergehen sollte damit die Möglichkeit, verstärkt interdisziplinär unterrichten zu können und damit im Einzelfall auch vorübergehende Engpässe in der Unterrichtsversorgung ausgleichen zu können. In diesem Zusammenhang ist es aber auch an den Lehrern, ihren Beitrag zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen zu leisten. Fortbildungsmaßnahmen sollten daher künftig möglichst in der schulfreien Zeit erfolgen.

Mehr Eigenverantwortung für die Schulen. Die Schulen müssen mehr als bisher in die Lage versetzt werden, ein eigenständiges pädagogisches Profil zu entwickeln, erfolgreich umzusetzen und stetig weiter zu verbessern. Dazu fordert die Junge Union erstens ein Globalbudget, über das jede Schule eigenständig verfügt und dessen Umfang schrittweise ausgebaut werden soll. Zweitens sollen die Schulen grundsätzlich die Möglichkeit zu einer eigenständigen Personalplanung durch schulspezifische Stellenausschreibungen in allen Fächern erhalten. Drittens muss die Personalverantwortung des Schulleiters gegenüber dem Kollegium gestärkt werden, damit dieser tatsächlich die pädagogische und administrative Leitung der Schule ausüben kann. Viertens fordert die Junge Union, den Schulleitern zur Erfüllung dieser Führungsaufgaben künftig einen „Verwaltungsleiter“ zur Seite zu stellen, damit mehr Raum für die pädagogische Leitung bleibt. Zur entsprechenden Ausbildung muss das Land weitere Aufbaustudiengänge zum Schulmanagement schaffen, die insbesondere Inhalte aus den Bereichen Schulleitung und Personalführung vermitteln sollen.

IV. KINDERGARTEN UND GRUNDSCHULE

Auf den Anfang kommt es an. Nach Überzeugung der Jungen Union müssen bereits die ersten Lebensjahre zur Vermittlung grundlegender Bildungsinhalte genutzt werden, wozu auch die fließende Beherrschung der deutschen Sprache gehört. Eine erfolgreiche frühkindliche Bildung ist für die Junge Union der entscheidende Grundstein für die spätere Schul- und Berufskarriere. Den ersten Schuljahren kommt dabei die wichtige Aufgabe zu, Kinder für das Lernen zu begeistern und gleichzeitig unterschiedliche Begabungen erkennbar werden zu lassen.

1. FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND KINDERGARTEN - DIE ERSTEN SCHRITTE

Bildung beginnt mit der Geburt. Das Miteinander der Eltern macht die Familie zum zentralen Erziehungs- und Bildungsort. Zunehmend sind jedoch der Wunsch beider Elternteile Beruf und Familie zu vereinbaren, die wirtschaftliche Notwendigkeit vieler Familien und ständig wachsende Fachkräftemangel ernstzunehmende Gründe auch für Kinder unter drei Jahren ausreichende professionelle institutionelle Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Anzahl der derzeit verfügbaren Plätze deckt bei weitem nicht den Bedarf, um künftig mehr Kleinkindern und Eltern einen hochwertigen Platz in frühkindlichen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen anbieten zu können. Die Junge Union fordert

deshalb eine bedarfsgerechte Erweiterung dieser Angebote. Um die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe zu entlasten, ist es außerdem Ziel der Jungen Union die Wirtschaft noch stärker als bisher für dieses Thema zu sensibilisieren und sie für den Ausbau von betriebsnahen Betreuungsmöglichkeiten zu gewinnen. Neben dem quantitativen Ausbau kommt aber auch der Qualität eine große Bedeutung zu. Leider verfügen wir gegenwärtig weder über ein ausreichendes Bildungskonzept noch über genügend qualifiziertes Personal für unter Dreijährige. Dabei bräuchten wir speziell für diese Altersgruppe ausgebildete Pädagogen, die die Entwicklung motorischer, kognitiver und sozialer Fähigkeiten von Beginn an fördern.

Die Eltern sind gefordert. Für die Junge Union ist die Pflege und Erziehung der Kinder nicht nur das natürliche Recht der Eltern, sondern ihre erste Pflicht. Die Familie bildet dabei als kleinste Einheit die Basis unserer Gesellschaft. In ihr findet die Vermittlung wesentlicher Erziehungsinhalte wie Verantwortungsbewusstsein, Eigeninitiative und soziales Miteinander auf der Basis des gesamtgesellschaftlichen Wertekonsenses statt. Das Land unterstützt Mütter und Väter bei ihren vielfältigen Erziehungsaufgaben schon heute durch Gutscheine für Elternkurse und sollte künftig ferner Wert darauf legen, den Entwicklungsstand der Kinder mittels obligatorischer Untersuchungen regelmäßig zu überprüfen. Im Bedarfsfall sollte dann auch der Besuch der Kurse für die Eltern verpflichtend ausgestaltet werden. Darüber hinaus gilt es die Kindergeldzahlungen direkter an das Wohl der Kinder zu koppeln. Die Junge Union spricht sich beispielsweise dafür aus, solche Zahlungen vom regelmäßigen Schulbesuch abhängig zu machen oder in Fällen offensichtlich mangelnder Ernährung von Kindern das Kindergeld um einen angemessenen Betrag zu kürzen und diesen direkt an den jeweiligen Einrichtungsträger zur Finanzierung der Verpflegung zu überweisen.

Gute Bildung braucht den Kindergarten. Für die Junge Union ist der Besuch des Kindergartens ein wichtiger Meilenstein auf dem Bildungsweg jedes Kindes. Hier erlernt das Kind Sozialkompetenz und hat die Chance durch gezielte Förderung schon früh den Spaß am Entdecken und Lernen zu finden. Ein flächendeckendes Kindergartenangebot dient jedoch nicht nur der Vermittlung erster Bildungsinhalte, sondern unterstützt die Familien im Land bei der Erziehung ihrer Kinder und sorgt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Alltag. Kinderbetreuungseinrichtungen sind dabei das entscheidende Element, um den Menschen die Erfüllung ihres Wunsches nach Kindern und familiären Zusammenhalt zu ermöglichen. Sie müssen sich an den Bedürfnissen und Interessen der Kinder und Eltern orientieren. Neben flexiblen Öffnungszeiten bedeutet dies auch, dass Pendler die Möglichkeit erhalten müssen, ihre Kinder auch am Arbeitsort in einer Betreuungseinrichtung unterzubringen. Die Kommunen sind in diesem Zusammenhang aufgerufen, den jeweiligen Betreuungsbedarf besser und enger abzustimmen, Möglichkeiten zur Kostenbeteiligung der Wohnortgemeinde zu nutzen sowie interkommunale Betreuungseinrichtungen zu schaffen.

2. KINDER- UND GRUNDSCHULE - FÜNF JAHRE GEMEINSAMES LERNEN

Fünf ab Fünf. Um die bewährten Konzepte vorschulischer Bildung optimal mit den Lernzielen der Grundschule zu verknüpfen, spricht sich die Junge Union für die Einführung eines verpflichtenden Kinderschuljahres ab 5 Jahren vor der bisherigen Grundschulzeit aus. Dieses erste Jahr in der Schule soll dabei einen behutsamen Übergang vom spielerischen Lernen des Kindergartens hin zur Wissensvermittlung in der Grundschule ermöglichen. Der Vorzug der vollständig an der Grundschule angegliederten Kinderschule gegenüber einem verpflichtenden dritten Kindergartenjahr liegt in der stärkeren Betonung des Erlernens schulischer Grundfertigkeiten. Die Kinderschule wird so zum Garant von Schul- und Unterrichtsreife. Kinder sind nachweislich bereits in jungen Jahren besonders lern- und aufnahmefähig. Von den Grundlagen, die hier gelegt werden, profitieren sie ein Leben lang. Gerade das Erlernen von Fremdsprachen fällt Kindern und Schülern umso leichter, je früher sie mit einer solchen in Kontakt kommen, und sei es zunächst auch nur spielerisch. Darüber hinaus kann es den

Grundschullehrern hier leichter gelingen, Kinder frühzeitig für erste naturwissenschaftliche Fragestellungen zu interessieren oder Sprachschwierigkeiten rechtzeitig zu erkennen und zu beseitigen. Genau in dieser frühen Förderung liegt nach Überzeugung der Jungen Union der Schlüssel zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und schulischer Leistung und damit für mehr Chancengerechtigkeit.

Grundfähigkeiten sicher beherrschen. Hauptaufgabe der Grundschule wird es auch in Zukunft sein den Kindern kulturelle Grundfähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen sicher beizubringen und sie an die erste Fremdsprache heranzuführen. Aufbauend auf den Ergebnissen des Kindergartens und der Kinderschule wird es gelingen, neue Bildungsinhalte in die Grundschule aufzunehmen und darüber hinaus dem Erlernen sozialer Kompetenzen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Am Ende der insgesamt fünfjährigen Kinder- und Grundschulzeit haben die Kinder einen Stand erreicht, der ein weiteres undifferenziert gemeinsames Lernen erübrigt.

Die Weichen richtig stellen. In einem an den individuellen Begabungen der Schüler ausgerichteten Bildungssystem stellt die Grundschulempfehlung eine wichtige Richtungsentscheidung für die weitere Bildungskarriere dar. Die Wahl der passenden weiterführenden Schule hat sich daher allein an der Leistungsperspektive eines Schülers und nicht am Geltungsbedürfnis seiner Eltern oder seiner sozialen Herkunft zu orientieren. Für eine möglichst zutreffende Einschätzung des Fähigkeits- und Begabungsspektrums und um zu verhindern, dass immer mehr Schüler auf den Druck ihrer Eltern und trotz unzureichender persönlicher Eignung das Gymnasium besuchen, fordert die Junge Union in der letzten Grundschulklasse mehrere, über das Schuljahr hinweg zu absolvierende und landesweit einheitliche Prüfungen. Dabei muss ein einheitlicher Beurteilungsmaßstab zu Grunde gelegt werden, der die besonderen Anforderungen der weiterführenden Schularten berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser Tests müssen in eine bindende Grundschulempfehlung münden. Die Wahl des Profils innerhalb der empfohlenen Schulart sowie die Vielzahl unterschiedlicher Anschlussmöglichkeiten ermöglicht den Eltern mit ihren Kindern dabei nicht nur eine den jeweiligen Interessen und Begabungen entsprechende Schwerpunktsetzung, sondern stellt auch die Durchlässigkeit des Schulsystems insgesamt sicher. Weitere zentrale Prüfungen am Ende der zweiten Klasse der weiterführenden Schulen können darüber hinaus helfen, die Wahl der Schulart zu überprüfen und ggf. bereits frühzeitig zu korrigieren.

V. WEITERFÜHRENDE SCHULEN

Das mehrgliedrige Schulsystem hat sich bewährt. Die grundsätzliche Differenzierung nach Begabungsschwerpunkten sowie eine größtmögliche Durchlässigkeit der Schularten sichert den Schülern in Baden-Württemberg eine an ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten orientierte Schulbildung. Für die Junge Union muss dieser Vorsprung für die Jugendlichen im Land erhalten bleiben. Dies erfordert das konsequente Festhalten an einem mehrgliedrigen Schulsystem und die Stärkung der Flexibilität und Durchlässigkeit der einzelnen Schularten bei gleichzeitiger Wahrung des jeweils unverwechselbaren Profils.

1. HAUPTSCHULE - AUSBILDUNGSFÄHIGKEIT STÄRKEN

Respekt vor der Hauptschule. Die überzogene Kritik an den Hauptschulen zeichnet nach Auffassung der Jungen Union ein verzerrtes Bild der Situation dieser Schulart. Gerade baden-württembergische Hauptschüler sind nach den Ergebnissen der bekannten Vergleichstests Schülern anderer Länder überlegen. Zudem sind die Hauptschulen besonders im Ländlichen Raum noch immer von der Gesellschaft akzeptierte und von den Ausbildungsbetrieben anerkannte Bildungseinrichtungen. Für die Junge Union gebietet der Respekt vor den Hauptschülern und den Anstrengungen der Hauptschulen und vieler Lehrer insgesamt, diese Schulart weiter zu stärken, erste Ergebnisse der be-

gonnen Reformen abzuwarten und sie nicht kaputt zu reden.

Ausbildung und Anschluss. Ziel der Hauptschule muss es sein, die Schüler zur Ausbildungsreife vor allem in praktischen Berufen und im Handwerk zu führen. Ebenso sollten die Jugendlichen aber auch, entsprechend ihrer Fähigkeiten und ihrem Wissenstand, in der Lage sein, eine weiterführende Schuleinrichtung zu besuchen um sich somit einen höheren Bildungsabschluss zu erwerben. Die Hauptschule muss daher Chancen und Möglichkeiten für die Jugendlichen aufzeigen und unter dem Motto „Kein Abschluss ohne Anschluss“ von Beginn an deutlich auf die weiterführenden Qualifikationsmöglichkeiten hinweisen.

Wettbewerb sichert Qualität. Zu den Reformen an den Hauptschulen muss auch die Möglichkeit gehören, Unterrichtsschwerpunkte zu setzen. Die Hauptschulen werden auf diesem Wege veranlasst, über eigenständige Schulprofile und Bildungskonzepte um Schüler zu werben und damit langfristig die Qualität ihrer Schule zu sichern. Dieser positive Wettbewerbseffekt um die besten Ideen kann aber nur eintreten, wenn Schüler und Eltern die Möglichkeit haben, ihre jeweilige Schule nach persönlichen Gesichtspunkten auszuwählen. Die Junge Union setzt sich daher für die Aufhebung der Schulbezirke bei den Hauptschulen ein.

Kooperation als Chance. Den veränderten demografischen Fakten wird sich in den kommenden Jahren insbesondere auch die Hauptschule stellen müssen. Deshalb gilt es, frühzeitig Lösungsansätze für den Erhalt der Standorte, insbesondere im ländlichen und strukturschwachen Raum zu suchen. Dabei geht es um den Erhalt und die Schaffung arbeits- und handlungsfähiger Einheiten, denn ohne eine entsprechende Größe lässt sich ein differenzierteres und qualitatives Bildungsangebot nicht aufrechterhalten. Vor diesem Hintergrund bleiben Schulzusammenschlüsse und damit die Schließung von Standorten für die Junge Union nur die letzte Möglichkeit. Vielmehr gilt es durch Kooperationen zwischen Schulen oder punktuell auch Schularten ein flächendeckendes und gleichsam bedarfsgerechtes Netz an Bildungseinrichtungen zu erhalten. Rein strukturpolitische Erwägungen der Kommunen als Schulträger im ländlichen Raum dürfen nicht zur Einführung einer Einheitsschule aus Haupt- und Realschule durch die Hintertür führen. Vorrang muss hier, gerade im Interesse der Schüler, der Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems mit seinem individuellen und chancenreichen Bildungsangebot haben. Dabei kann bei aufgrund sinkender Schülerzahlen drohenden Schulschließungen durchaus eine räumliche und organisatorische Unterbringung von Real- und Hauptschule unter einem Dach stattfinden. Allerdings muss der Unterricht inhaltlich weiterhin getrennt in reinen Haupt- oder Realschulklassen erfolgen. Eines der größten Probleme stellt der derzeitige hohe Klassenteiler dar. Die Junge Union setzt sich daher konsequenterweise für die Senkung des Klassenteilers ein.

2. REALSCHULE - ERFOLGSGARANT MIT PERSPEKTIVE

Am Bewährten festhalten. Die Realschulen Baden-Württembergs sind eine gleichermaßen erfolgreiche, wie allgemein am Arbeitsmarkt anerkannte Schulart. Die Junge Union unterstützt daher die Realschüler und ihre Eltern in ihrer Forderung, das bisherige Bildungsniveau dieser Schulen zu erhalten. Die punktuelle Zusammenarbeit mit Hauptschulen darf daher nicht zu einer Veränderung der Lerninhalte oder einem Absinken der Anforderungen führen. Auch in Zukunft muss die Mittlere Reife den Einen das Fundament für den Start in das Berufsleben bieten, Anderen aber gleichzeitig den Weg zur späteren Hochschulreife ebnen.

Das Profil schärfen. Um den Realschulen dauerhaft ihren Platz zwischen Hauptschulen und Gymnasien zu sichern, gilt es, das Niveau dieser Schulart langfristig weiter anzuheben. Der Realschulabschluss muss weiterhin gute Anschlussmöglichkeiten für die Weiterqualifikation zur Allgemeinen Hochschulreife und zur Fachhochschulreife gewährleisten. Der Erwerb dieser Aufbauqualifikationen

sollte wie bisher an beruflichen Gymnasien oder an einem Berufskolleg erworben werden können. Zudem wünschenswert ist der Ausbau weiterer Praktikamöglichkeiten an Realschulen, um den Schülern das Kennen lernen weiterer Berufsfelder zu ermöglichen. Zudem sollten ein weit stärkerer Praxisbezug durch Partnerschaften mit Unternehmen hergestellt werden, die dabei beispielsweise Besichtigungen, Gastvorträge, Diskussionen mit Ausbildungsverantwortlichen oder Planspiele anbieten könnten.

3. GYMNASIUM - FIT FÜRS STUDIUM

Erfolge nicht schlecht reden lassen. Alle nationalen und internationalen Vergleichstests stellen den baden-württembergischen Gymnasiasten ein gutes Zeugnis aus. Ihre breite Allgemeinbildung, fundiertes Fachwissen in den Schwerpunktbereichen und anwendungsorientierte Methodenkompetenz machen aus den Abiturienten im Land erfolgreiche Berufseinsteiger und Studenten. Diskussionen, wie die um das achtjährige Gymnasium stellen für die Junge Union den Erfolg dieser Schulart keinesfalls in Frage, sondern belegen lediglich den fortwährenden Modernisierungsbedarf im Schulsystem.

G8 ist die richtige Antwort. Lange Zeit haben deutsche Eltern und Unternehmen beklagt, dass einheimische Abiturienten und Hochschulabsolventen beim Berufseinstieg im Vergleich mit ihren ausländischen Mitbewerbern deutlich zu alt seien. Baden-Württemberg hat als eines der ersten Länder diesen Wunsch aufgenommen und mit der Einführung von G8-Pilotprojekten den Grundstein für einen früheren Schulabschluss gelegt. Angesichts der rundum positiven Ergebnisse des Modellversuchs wollten im vergangenen Jahrzehnt immer mehr Gymnasien im Land das Abitur nach acht Jahren anbieten. Der großen Nachfrage von Schülern, Eltern, Lehrern und Schulen hat Baden-Württemberg in den letzten Jahren Rechnung getragen und unter Einbeziehung aller Beteiligten die flächendeckende Umstellung auf das achtjährige Gymnasium eingeleitet. Damit haben nun alle Gymnasiasten im Land ein Jahr gewonnen und können sich damit auch altersmäßig auf Augenhöhe mit ihren europäischen Nachbarn um einen Studien- oder Arbeitsplatz bewerben.

Die Schulen sind gefordert. Für die Junge Union kann es aus den genannten Gründen kein Zurück zu einem späteren Abitur geben. Vielmehr gilt es, die mit der Umstellung auf G8 verbundenen Freiräume und Reformmöglichkeiten ernst zu nehmen und auszuschöpfen. Gerade die neuen Bildungspläne beschränken sich dabei auf die Vorgabe verbindlicher Lernziele, überlassen aber den Weg dorthin der Kreativität und Verantwortung von Lehrern und Schülern. Für die Junge Union ist es in diesem Zusammenhang unverständlich, dass gerade die Lehrer, die sonst immer für mehr Autonomie und Flexibilität in der Schule streiten, sich nunmehr beharrlich weigern, die Gestaltungsspielräume der Bildungspläne mit Leben zu füllen. Aber auch abseits der Lerninhalte und -methoden scheint die Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums zum Prüfstein der Schulautonomie zu werden. Gelingt es den Gymnasien nicht, durch eine bessere Abstimmung ihrer schulinterne Abläufe den Herausforderungen des G8 gerecht zu werden, muss künftig wieder eine engmaschigere Begleitung der Schulen durch die Schulbehörden erfolgen. Konkret erwartet die Junge Union, dass zur Entlastung der Schüler Hausaufgaben, Klassenarbeiten und Unterrichtszeiten besser aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. Schulen die schon heute beispielsweise auf Hausaufgaben unmittelbar vor Klassenarbeiten verzichten und den Nachmittagsunterricht bündeln, haben zufriedenerer Schüler und weniger Probleme im Umgang mit dem achtjährigen Gymnasium. Als weitere schulorganisatorische Stellschraube sieht die Junge Union die Einführung eines flexiblen Klassenteilers in Unter-, Mittel- und Oberstufe an.

Lerninhalte modernisieren. Nicht alles, was detailversessene Lehrpläne früherer Zeiten für notwendig erachteten, ist wichtig, um die Ziele der neuen Bildungspläne zu erreichen. Die Verkürzung der Gymnasialzeit hat das Land zum Anlass genommen überkommene Lerninhalte und Wiederholungen zu streichen und stattdessen neue Schwerpunkte zu setzen. Jetzt ist es an den Lehrern, ihren Un-

terricht und die begleitenden Materialien anzupassen und auf diesem Wege den Schülern ein gleichermaßen niveaivolles, wie aber um Detailwissen erleichtertes Lernangebot anzubieten. Diese Konzentration auf wesentliche Bildungsziele und die damit einhergehende Vermittlung von Methodenkompetenz kann die Schüler auch ohne einen größeren Verzicht auf Unterrichtseinheiten, wie beispielsweise in den Naturwissenschaften, entlasten. Damit wird sich nicht nur das Niveau der baden-württembergischen Gymnasien halten lassen, sondern es dürfte den Schülern auch in Zukunft genug Zeit für Schule, Ehrenamt, Freizeit und Freunde bleiben.

Akademischen Anspruch untermauern. Die konsequente Ausrichtung und Vorbereitung auf ein Hochschulstudium und dabei insbesondere auf die Anforderungen akademischen Arbeitens muss sich langfristig auch in einer weiteren Veränderung der gymnasialen Oberstufe niederschlagen. Dazu gehört nicht nur das Heranführen an das für Hochschulen charakteristische selbstständige Erarbeiten neuer Inhalte, sondern auch veränderte Unterrichtsformen. So könnten Gastdozenten aus dem universitären Bereich frühzeitig Einblicke in verschiedene Studienbereiche, aktuelle Forschungsschwerpunkte und künftige wissenschaftliche Herausforderungen bieten. In diesem Zusammenhang sind vermehrt interdisziplinäre Unterrichtseinheiten anzustreben, die insbesondere in den Naturwissenschaften fachübergreifende Zusammenhänge vermitteln. Gleichzeitig ist es Aufgabe des Gymnasiums, seine Schüler verstärkt über unterschiedliche Studienrichtungen und die damit verbundenen Berufsaussichten zu informieren. Im Rahmen eines neu einzuführenden „Praktiker-Tags“ könnten dabei Berufstätige unterschiedlicher Richtungen Einblick in ihre Tätigkeit bieten und über die für ihren Beruf aussichtsreichsten Studiengänge berichten.

Das Abitur als Qualitätsmerkmal. Sowohl die allgemeine Hochschulreife als auch die Fachhochschulreife müssen weiterhin als zentral gestellte, landesweite Prüfungen erhalten bleiben. Die Junge Union fordert dabei, dass alle Schüler eines Jahrgangs und unabhängig davon, ob die Hochschulreife an allgemeinbildenden Gymnasien oder an beruflichen Gymnasien erworben wird, zumindest in den beruflich unspezifischen Kernfächern, wie Deutsch, Mathematik und den Fremdsprachen die gleichen schriftlichen Prüfungsaufgaben erhalten. Gleichwertige Abschlüsse müssen gerechterweise auch auf gleichwertigen Anforderungsprofilen und Prüfungsleistungen beruhen. Nur so lassen sich der Stellenwert und die hohe Aussagekraft des Abiturs als Eintrittskarte zur Bewerbung um einen Studienplatz erhalten. Eine Entwicklung wie in anderen europäischen Ländern, in denen die massenhafte Vergabe der Hochschulreife zur Notwendigkeit spezieller zweijährigen Auswahl- und Vorbereitungskursen vor Studienbeginn geführt hat, lehnt die Junge Union entschieden ab.

4. BERUFLICHE SCHULE - PRAKTISCHE ERFAHRUNG ZÄHLT

Ausbildung mit Anspruch. Das duale Berufsschulsystem gehört nicht nur international zu den erfolgreichsten Bildungskonzepten, sondern steht auch im besonderen Maße für die Stärke des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg. Das eng verzahnte Miteinander beruflicher Praxis und schulischen Lernens garantiert dabei eine an den Anforderungen des Arbeitsmarkts ausgerichtete Ausbildung, die hinsichtlich ihres Niveaus viele der entsprechenden ausländischen Studienabschlüsse in den Schatten stellt.

Lernen von Praktikern. Um diese Erfolgsgeschichte auch in der Zukunft fortschreiben zu können, plädiert die Junge Union für die verstärkte Einbindung von Praktikern in den beruflichen Schulunterricht. Solche auf wenige Wochenstunden begrenzte und nebenberufliche Lehraufträge ermöglichen es, den Schülern noch mehr unmittelbares Praxiswissen zu vermitteln. Genau diese Berufsorientierung stärkt dabei auch die Durchlässigkeit des baden-württembergischen Schulsystems. Einer Vielzahl von Haupt- und Realschülern gelingt es, über die Berufsschulen einen weiteren Weg an die Hochschulen zu finden.